

Anzeigen-Bureau.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmsstr. 17)
bei G. H. Mitzel & Co.
Weitestr. 14,
in Gnesen bei Ch. Spindler,
in Grätz bei F. Streifand,
in L. eserich bei Ph. Matthias.

Posener Zeitung.

Dreundachtzigster

Jahrgang.

Anzeigen-Bureau.
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei G. L. Dand & Co.,
Haasenstein & Vogler,
Rudolph Kasse.
In Berlin, Dresden, Götting
heim „Invalidendank“.

Nr. 677.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal er-
scheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten: des deut-
schen Reiches an.

Montag, 27. September.

Inserate 20 Pf. die sechsgepaßte Pettzeile oder deren
Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die
Expedition zu senden und werden für die am fol-
genden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis
5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

Amtliches.

Berlin, 25. September. Der Kustos der königlichen Bibliothek in Berlin, Dr. Grünmader, ist zum Bibliothekar bei derselben ernannt worden. Beim Gelehrten-Gymnasium zu Wiesbaden sind die Titular-Oberlehrer Dr. Adam und Bücheler zu etatsmäßigen Oberlehrern befördert. Dem katholischen Religionslehrer am königlichen Gymnasium zu Koblenz, Dr. Schubach, ist das Prädikat „Professor“ beigelegt worden.

Verstelt sind: der Amtsrichter Mau in Bellworm, unter Zurücknahme der Versetzung nach Rölling, an das Amtsgericht in Wilster und der Amtsrichter Schwarze in Offen an das Amtsgericht in Delbe. Die nachgeforderte Dienstentlassung mit Pension ist erteilt: dem Amtsgerichts-Rath Reichwein in Kempen, dem Amtsgerichts-Rath Boide in Rawitzsch und dem Amtsgerichts-Rath Conring in Aurich. Der Staatsanwalt Gensmer bei dem Landgericht in Elbing ist an das Ober-Landesgericht in Marienwerder versetzt. In der Liste der Rechtsanwälte sind gelöscht: der Rechtsanwalt Titus in Leobschütz bei dem Landgericht in Ratibor und der Rechtsanwalt Reichert in Thorn bei dem Landgericht daselbst. Dem Notar Kalau von Hofe in Löben ist die nachgeforderte Dienstentlassung erteilt. Der Amtsgerichts-Rath Loeber in Goya, der Rechtsanwalt und Notar, Justiz-Rath Plathner in Breslau und der Rechtsanwalt und Notar, Justiz-Rath Wiedemhöver in Warendorf sind gestorben.

Politische Uebersicht.

Posen, 27. September.

In etwa vier Wochen, so schreibt die „N. L. C.“, wird nach den bisherigen Dispositionen die neue Session des Abgeordneten-Hauses eröffnet werden. Ueber die gesetzgeberischen Arbeiten, mit denen sich dieselbe zu beschäftigen haben wird, hat bis jetzt noch wenig Zuverlässiges verlautet. Der Schwerpunkt wird wohl in den aus dem Ministerium des Innern zu erwartenden Vorlagen zur Fortführung der Verwaltungsreform liegen; daneben werden einige aus der vorigen Session bekannte Gesetzentwürfe wieder angekündigt, wie die Jagdordnung, die Schlachthausnovelle, das Dienstbotengesetz. Daß aus dem Ministerium der öffentlichen Arbeiten neue Eisenbahnverstaatlichungs-Vorlagen zu erwarten sind, wird, höchstens mit Ausnahme der Rhein-Nahe-Bahn, in Abrede gestellt. Wohl aber wird man dem Gesetzentwurf entgegensehen dürfen, welcher die Eisenbahn-Garantien im Sinne der bekannten Resolution des Abgeordneten-Hauses regelt. Von Vorlagen aus dem Kultusministerium ist es erfreulicher Weise ganz still. Auch die Wiedereinbringung des Schanksteuer- und Kommunalsteuergesetzes scheint bis jetzt nicht in's Auge gefaßt zu sein. Nach alledem wird man wohl einer verhältnismäßig kurzen und nicht allzu überlasteten Session entgegengehen, was im Hinblick auf die voraussichtlich sehr langdauernden und schwierigen Arbeiten des Reichstags auch ganz wünschenswerth ist.

Unter den Vorlagen, welche dem Landtage zu-
gehen, wird sich, wie man der „Magdeb. Ztg.“ mittheilt, das Schanksteuergesetz nicht wieder befinden; auch von der Wiederholung der unglücklichen Kommunalsteuer-Vorlage wird vor der Hand Abstand genommen werden. Dagegen stehen neben den von uns bereits angekündigten Kreisordnungen für Hannover, Posen und Schleswig-Holstein mit Bestimmtheit die Jagdordnung, das Schlachthausgesetz, eine Vorlage, betreffend die Pensionsverhältnisse der Hinterbliebenen von Elementarlehrern und das Dienstbotengesetz zu erwarten. Damit ist natürlich die Reihe der beabsichtigten Vorlagen bei Weitem nicht abgeschlossen; da es in der Absicht des Fürsten Bismarck liegt, eine gesetzliche Regelung der Arbeiterversicherung bereits in der bevorstehenden Reichstagsession herbeizuführen, soll die für diese Angelegenheit in Aussicht genommene Enquête in allerhöchster Zeit angeordnet und sollen die Mitglieder der Kommission berufen werden. Es wird bestimmt versichert, Fürst Bismarck trete mit Entschiedenheit für das Prinzip der Zwangsversicherung ein.

Die preussische Staatsregierung läßt sich gegenwärtig von den Vertretern des Handels u. s. w. Gutachten erstatten über einen Gesetzentwurf, betreffend die Errichtung von Eisenbahnräthen. Der Entwurf entspricht in den meisten Punkten der bekannten Resolution des Abgeordneten-Hauses vom 12. Dezember 1879, durch welche dieses beim Uebergange der großen Privatbahnen in den Besitz des Staates Garantien gegen einen möglichen bürokratischen Absolutismus des jeweiligen Verkehrsministers zu schaffen versuchte. Es wird diese Vorlage eine der ersten Materien bilden, mit denen sich der Landtag nach seinem demnächstigen Zusammentritt zu beschäftigen haben dürfte. Handelt es sich auch im Wesentlichen um eine legislative Neuformulation, so fehlt es für dieselbe doch nicht an Anknüpfungspunkten in der bisherigen Verwaltungspraxis, und Herr Maybach selber hat es bereits im Verordnungswege unternommen, ein kleines Stück Selbstverwaltung in das Eisenbahnwesen einzuführen. Es sind dies die seit Kurzem funktionirenden „Eisenbahnbezirkskonferenzen“, die aus Mitgliedern der königlichen Direktionen und aus Vertretern von Handels-, Fabrik- und Landwirtschaftskorporationen gebildet werden.

Wie bestimmt verlautet, wird indessen die zu erwartende Vorlage von dieser Einrichtung abgehen und zwar in den sogenannten Bezirkseisenbahnräthen etwas Analoges schaffen, die letzteren aber dadurch in ihrer Bedeutung wesentlich verkümmern, daß den wirtschaftlichen Körperschaften, die an ihnen theilnehmen sollen, das direkte Wahlrecht nicht beigelegt wird. Man darf erwarten, daß das Abgeordnetenhaus Gelegenheit nehmen wird, nicht bloß in diesem Falle, sondern überhaupt in den Entwurf der Regierung die Kautelen einer über jede Beeinflussung hinausgehenden behördlichen Organisation hineinzubringen.

Der einzige Minister, dessen Haltung auch die liberalen Fraktionen bis zu einem gewissen Grade befriedigt hat, war der Minister von Eulenburg. Hoffentlich, so meint nun die neue „Liberale Korresp.“, entgeht er dem Schicksal seines Vorfahren und Vorgängers, von dem freiwillig gouvernementalen Blatte in nicht zu langer Zeit unter die Revolutionäre geworfen zu werden, obwohl er noch in dieser Legislaturperiode auch für die westlichen Provinzen Kreisordnungen vorlegen und somit die „liberale“ Verwaltungsorganisation in rascherem Tempo weiterführen will.

Anlässlich der Nachricht, daß die deutschen Minister ungefähr gegen den 20. Oktober zu Besprechungen über die dem Bundesrathe und dem Reichstage zu unterbreitenden Gesetzentwürfe sich in Berlin versammeln sollen, ist irrthümlich die Ansicht ausgesprochen worden, der Zusammentritt der deutschen Minister bezeichne den Zeitpunkt, bis wohin alle Pläne für die nächste Session des Bundesraths und des Reichstags ihren Abschluß gefunden haben müssen. Die Geschäfte, welche dem Bundesrathe obliegen, werden jetzt in zwei Klassen getheilt, von welchen die erste die wichtigsten Aufgaben, namentlich alle gesetzgeberischen Arbeiten, mit Einschluß der der bundesrathlichen Genehmigung unterliegenden Verordnungen umfaßt, während der zweiten die minder wichtigen und die laufenden Verwaltungs-geschäfte des Bundesraths anheimfallen. Die Geschäfte der ersten Klasse werden in zwei oder drei kurz bemessenen Zeiträumen der Gesamtsession des Bundesraths unter persönlicher Theilnahme der deutschen Minister erledigt. Es dürfen deshalb nur während dieser Zeiträume wichtige Anträge und Gesetzesvorlagen eingebracht werden. Da nun die nächste Reichstagsession auf Ende Januar oder Anfang Februar l. J. in Aussicht genommen ist, so werden die Ministerialabstimmungen des Bundesraths zum Zwecke der definitiven Entscheidung über wichtige Anträge und Gesetzesvorlagen kurz nach Neujahr stattfinden. Diese Gesetzesvorlagen müssen bis zum Anfang Dezember im Entwurf fertig gestellt sein, so daß sie sowohl der Prüfung der einzelnen Regierungen, als auch der vorbereitenden Besprechung im Bundesrathe und in dessen Ausschüssen während des Monats Dezember unterzogen werden können. Die angeblich zum 20. Oktober geplanten Besprechungen der deutschen Minister dürften theils nur vorbereitender Art sein, soweit sie projektirte Gesetzesvorlagen betreffen, theils wichtige, der Genehmigung des Bundesraths unterliegende Verordnungen zum Gegenstande haben.

Der Bericht, welchen die Liquidatoren der deutschen See-Handels-Gesellschaft in der kürzlich abgehaltenen Generalversammlung vorgelegt haben, enthält wohl eine schärfere Kritik des Projektes, dieser Gründung mit einer Zinsgarantie aus der Reichskasse zu Hilfe zu kommen, als sie selbst die lebhaften Debatten des Reichstags im Frühjahr an der damaligen Samoa-Vorlage geübt haben. Die Liquidatoren erklären sich außer Stande, die ältere Gesellschaft, die Deutsche Handels- und Plantagen-Gesellschaft der Südsee zu Hamburg, welcher die neu gebildete Gesellschaft vorläufig ein Darlehn von 1,200,000 Mark gewährt hatte, zur Rückerstattung dieser Summe an dem dafür festgesetzten Termine, dem 1. Oktober d. J., zu zwingen. Zwar sind der neuen Gesellschaft als Sicherheit für jenes Darlehn verschiedene Plantagen, Ländereien, Grundstücke und Anlagen auf Samoa und anderen Südsee-Inseln zum Eigenthum übertragen, aber die Liquidatoren haben keine Hoffnung, daß bei dem zwangsweisen Verkauf dieser Objekte sich ein geeigneter Käufer finden werde. Wo stehen denn aber, muß man unwillkürlich fragen, die Engländer, welche nach dem Besitz der Godeffroy'schen Unternehmungen so lüftern sein sollten? Man erinnere sich nur, daß das Projekt zuerst mit der dringenden Mahnung lancirt wurde, diese Unternehmungen nicht in englische Hände fallen zu lassen; damals wurde die Sache so dargestellt, als ob die englischen Gläubiger der Firma Godeffroy, Baring Brothers und andere Bankhäuser, es durch ihre finanzielle Theilnahme von langer Hand her vorbereitet hätten, dieselben in den Besitz der englischen Regierung zu bringen. Durch diese und ähnliche Behauptungen gelang es damals in der That, das nationale Gefühl in Wallung zu bringen und die geplante Gründung als eine patriotische That hinzustellen. Jetzt, wo sich nun den Engländern die schönste Gelegenheit darbietet, ohne Schwierigkeit jene Unternehmungen an sich zu bringen, jetzt zeigt es sich bei der nüchternen Prüfung, welche die

geschäftliche Liquidation zur Nothwendigkeit macht, daß es den Herren Engländern gar nicht einfällt, sich um dieselben zu reihen, daß die ihnen zugeschriebene Begehrlichkeit nichts als Phantasterei war, die aber beinahe den sehr praktischen Erfolg gehabt hätte, den geängstigten deutschen Mischel zur Bezahlung der Gläubiger des Hauses Godeffroy aus dem Reichsfädel zu treiben. Besonders charakteristisch ist es ferner, daß die Liquidatoren der deutschen See-Handels-Gesellschaft sogar die Befürchtung hegen, daß bei einem Verkaufstermin die der Gesellschaft gehörigen Objekte vielleicht für einen rein nominellen Kaufpreis in fremden Besitz übergehen würden, wenn die Gesellschaft nicht selbst als Mitbieter aufträte. Als seiner Zeit zur Zeichnung aufgefordert wurde, führte man freilich eine andere Sprache. Damals schienen wenigstens die zu jenem Darlehn von 1,200,000 M. erforderlichen ersten Einzahlungen als eine über jeden Zweifel gesicherte Kapitalanlage; heute ergiebt der Bericht der Liquidatoren, daß sie eine vollständig uneinziehbare Forderung an eine verfrachtete Gesellschaft repräsentiren, welche bei dem Versuch einer rücksichtslosen Eintreibung voraussichtlich nur zu einem ganz geringen Theil gedeckt werden könnte. Dieser Verlauf der Sache zeigt wohl schlagend, wie recht diejenigen hatten, welche schon vor einem halben Jahre der Ansicht waren, daß, wie man auch sonst über Kolonien und deutsche Kolonialpolitik denken möge, doch bei diesem Projekte für das Deutsche Reich weder Ehre noch geschäftlicher Gewinn zu holen sei, und wenn ihnen darob seiner Zeit Einsicht und Patriotismus rundweg abgesprochen sind, so mag die jetzt zu Tage tretende Rechtfertigung ihres Verhaltens sie wenigstens für diese Angriffe entschuldigen. — Ueber dasselbe Thema äußert sich die „Liberale Korrespondenz“:

„Von einer grundsätzlichen Gegnerschaft der Freihändler gegen Kolonien kann nicht wohl die Rede sein. Dagegen spricht schon England, wo die freihändlerischen Grundsätze am festesten gewurzelt sind. Die Ackerbaufolonien in Nordamerika, die überwiegend viehzüchtenden Gebiete auf dem australischen Festland bieten dem Bevölkerungsüberfluß und mit Ostindien dem englischen Unternehmungsgeist ein reiches Feld. Der deutsche Unternehmungsgeist hat sich auch ohne Kolonien die Wege in erfreulichster Weise gebahnt, nicht obgleich, sondern weil sie ihm nicht von Staatswegen vorgeschrieben wurden. Wünschenswerth wäre es wohl, wenn die auswandernden Volksgenossen auch staatlich mit Deutschland im Zusammenhang blieben. Aber die Zeit dafür ist vorbei, ein Gebiet zu finden, das sich für deutsche landwirtschaftliche Kolonisation noch eignete. Daß Samoa ein solches Gebiet, nur abgesehen von dem geringen Flächenraum, nicht ist, das müssen selbst die Freunde der Samoa-Vorlage zugeben, deren Scheitern sie doch fast in Licht eines nationalen Unglücks sehen. Daran kann auch die Besitznahme australischer Inselgruppen durch Frankreich nichts ändern, die übrigens bisher wenigstens Frankreich mehr Verlegenheiten als Vortheile gebracht haben. Daß die Godeffroy'schen Unternehmungen auf sehr unsicherer Basis beruhten, beweist das Nichtzustandekommen der deutschen See-Handels-Gesellschaft. Wir wünschen aufrichtig, daß die Aktionäre derselben bei der beabsichtigten Uebernahme von Partialobligationen der zu rekonstruirenden (Godeffroy'schen) „Deutschen Handels- und Plantagen-Gesellschaft der Südsee-Inseln“ nicht zu Schaden kommen, aber beim Festhalten der Plantagen-Idee ist dafür wenig Aussicht.“

Die Beschränkung der allgemeinen Wechsel-fähigkeit will nicht von der Tagesordnung verschwinden, obwohl sich fast alle Kreise dagegen ausgesprochen haben, denen vermeintlich damit geholfen würde. Dies bringt die konservativen Blätter in nicht geringe Verlegenheit. Als einige vornämliche Reskripte wiederbelebt wurden, monach den Beamten verboten ist, Wechsel auszustellen, war die Befriedigung in ihren Kreisen außerordentlich gering. Bringt doch die Vielgestaltigkeit des modernen Lebens den Beamten oft genug in Lagen, wo ein Wechsel für ihn mindestens das kleinere Uebel ist. Aber er darf ja nicht wagen, dem unglücklichen Einfall des Herrn Affessor Grafen Bismarck offen entgegenzutreten. Weit übler ist es für die Reaktionstendenzen, daß die Genossenschaften und anderer Körperschaften, in welchen die Handwerker stark vertreten sind, von der neuen wirtschaftspolitischen Beglückung nichts wissen wollen. Da hilft man sich denn mit vornehmem Ignoriren der Thatsache, daß selbst der künstlerisch gesinnte Theil der Meister, in welchem die „Norddeutsche Allg. Ztg.“ den Kern des soliden deutschen Bürgerthums erblickt, fast durchweg auf die Wechsel-fähigkeit nicht verzichten wolle, welche für einen großen Theil der Handwerker die einzige Möglichkeit des Kredits bildet. Es wird nur von Handelskammern, kaufmännischen Vereinen und dergleichen Instituten gesprochen. Am schlimmsten ist für die Aus-sichten des Grafen Bismarck, dessen Resolution man aus „Courtoisie“ angenommen, daß auch die kleinen Land-wirthe fast durchweg an der allgemeinen Wechsel-fähigkeit hängen. Da hat nun die „Ostpreussische Zeitung“ eine eigen-thümliche Erklärung bei der Hand. Namentlich die kleinen Vereine zählen viele „Freunde der Landwirtschaft“, Agenten von Dünger- und Maschinenfabriken, Viehkommis-sionäre, Tagelöhner u. s. w. Oft gehört zu ihnen auch der Vorsitzende des Vereins. Diese Mitglieder sollen nun das Verhalten der landwirtschaftlichen Vereine bestimmt haben. Es sei vorgekommen, daß die Erklärungen eines Gerichtsvollziehers über den großen Segen des Wechsels eine einstimmige Resolution zur Folge gehabt, daß die Wechsel-fähigkeit für den Landwirth unbedingt nothwendig sei. Wenn freilich von höheren Regierungsbeamten mit Mühe und

Noth eine verklausulierte Erklärung im entgegengesetzten Sinne in Posen herbeigeführt hat, heißt es: Ja Bauer, das ist ganz was anderes. Die Ausführungen jenes konservativen Blattes über den „beschränkten Bauernverband“ werden hoffentlich unter den kleinen Landwirthen eine recht große Verbreitung finden und dieselben über die wahren Gesinnungen der konservativen Junker aufklären, die mit ihnen in Wahlzeiten so schön zu kokettieren verstehen. In den Bezirken, wo die Ernte schlecht ausgefallen ist, haben sie ja bereits jetzt Gelegenheit, sich über die Vorzüge des Getreidezollens beim Einkauf von Saat- und Futtergetreide gründlich zu unterrichten.

Die plötzlich in den Vordergrund der öffentlichen Diskussion gestellte Frage der Arbeiter-Versicherungskassen lenkt die Aufmerksamkeit wieder auf die bisherigen Resultate der Knappschaftskassen, der größten in Deutschland bestehenden Unterstützungs-Versicherungen für Arbeiter und ihre Hinterbliebenen. Daß die Lage dieser Kassen sich im Laufe der letzten Jahre stetig ungünstiger gestaltet hat, ist leider eine bereits wiederholt konstatierte Thatsache und die hierdurch hervorgerufenen Besorgnisse können durch die neuesten, darüber veröffentlichten Angaben auch nur verstärkt werden. So theilt z. B. der kürzlich publizierte Bericht des Saarbrücker Knappschafts-Vereins für das Jahr 1879 mit, daß das gesammte Vermögen des Vereins sich im Laufe des Jahres um 53,514 Mk. vermindert hat; es betrug am Jahreschluß 3,962,918 Mk. oder auf einen Knappschaftsmitglied 186 Mk., d. h. 6 Mk. weniger als am Schlusse des Vorjahres 1878. Die Zahl der Knappschaftsmitglieder hat sich in derselben Zeit von 21,597 auf 21,990, also um 393 erhöht; gleichzeitig ist aber die Gesamtzahl der Unterstützten (Znvaliden, Wittwen, Waisen) von 7761 auf 8174, also um 413 gestiegen. Die Steigerung der Anzahl der Unterstützungsempfänger ist demnach so beträchtlich gewesen, daß sie sogar die Vermehrung der Zahl der beitragenden Mitglieder übersteigt. Abnahme des gesammten Vermögens und starke Zunahme der Unterstützungsempfänger bei nur geringer Zunahme der zahlenden Mitglieder — eine solche Lage hat mit Nothwendigkeit den Gedanken an Statut-Änderungen nahegelegt, welche zu einer Vermehrung der Einnahmen und Verminderung der Ausgaben führen könnten. Vorläufig ist denn auch die schon früher erhobene Trauhschein-Gebühr wieder und eine Aufnahmegebühr neu eingeführt, während gleichzeitig das Krankengeld von 1 Mk. pro Tag auf 90 Pf. herabgesetzt worden ist. Aber der Bericht läßt erkennen, daß diese Maßregeln noch keineswegs genügen, um die Zahlungsfähigkeit der Kasse ihren Verbindlichkeiten gegenüber sicher zu stellen. Das betrübende Bild, welches die Angaben von der Situation einer großen, unter staatlicher Aufsicht stehenden Arbeiter-Versicherungskasse entrollen, enthält jedenfalls eine dringende Mahnung zur besonnenen Prüfung aller weitumfassenden Projekte auf diesem schwierigsten und wenig erprobten Gebiete des Versicherungswesens.

Die ultramontane Presse, voran die „Germania“, sieht den sozialistischen Projekten des Reichskanzlers mit größtem Vertrauen entgegen. Während die Blätter anderer Parteien bei dem Dunkel, welches über den Plänen des leitenden Staatsmannes auf diesem Gebiete schwebt, sich eine gerechtfertigte Zurückhaltung auferlegen und ihr Urtheil aufsparen, bis man einigermaßen die Ziele und Wege jener Projekte übersehen kann, scheint es bei der „Germania“ festzustehen, daß Fürst Bismarck in der Sozial- und Gewerbepolitik die Bestrebungen der konservativ-ultramontanen Koalition sich anzu eignen und zu fördern gedenke. Die Zentrums Presse ist über diese Aussicht sehr erfreut. Je weniger jene Koalition bisher geleistet, je öfter sie bei den wichtigsten Gesetzgebungsfragen ihre Dienste versagt hat, um so angenehmer muß sich das Centrum von der Aussicht berührt fühlen, wieder einmal, wie in den schönen Tagen, da der Zolltarif zu Stande kam, mit dem Reichskanzler und den Konservativen positiv zusammenarbeiten zu können. Wir müssen natürlich abwarten, inwieweit sich die Voraussetzungen der ultramontanen Presse über den Charakter und das Ziel der Reformprojekte des Reichskanzlers bewahrheiten. Bezeichnend aber ist die Eilfertigkeit, mit der die Blätter des Zentrums diese noch ganz unbekannten Pläne in einem für sich günstigen Sinne auszulegen streben.

In einigen Blättern finden wir die allerdings unverbürgte, aber immerhin bemerkenswerthe Mittheilung aus London, die Silberverkäufe Seitens der Reichsbank würden von dem Zusammentritte des Reichstages nicht aufgenommen und von dessen Zustimmung abhängig gemacht werden. Eine Offerte der Banken in Britisch-Indien, zum jetzigen Preise 100 Millionen Mark Silber zu übernehmen, sei deshalb abgelehnt worden. Wir würden die Bestätigung dieser Mittheilung, namentlich wenn sie auf die Fortdauer grundsätzlicher Bedenken hinwiese, sehr bedauern müssen, weil sich die Wirkung der herrschenden Ungewißheit in hohem Grade sichtbar macht und leicht dazu führen kann, daß im Auslande deutsche Wechsel, ungeachtet der Versicherung der Reichsbank ihre Zahlungen in Gold zu leisten, nicht mehr als Goldvaluten betrachtet und bezahlt werden.

Die Gegner einer Neugestaltung, eines festeren und geschlosseneren Auftretens der liberalen Partei fanden in dem Unterliegen Lasfers gegen einen lokalen Kandidaten, der seine Stellung zu der Sezession zu präzisieren weislich vermieden hat, und in der Versammlung zu Hannover einen Beweis, daß Alles gut sei, wie es bisher war. Sie übersehen den Widerspruch, der sich selbst in Hannover regte, die Zustimmung des Vereins in Leer, der „Gildesheimer“ und „Dsnabrücker Zeitung“. Sie sehen in den von Nationalliberalen zu Worms, Mainz und Gießen sowie in Rassel gefaßten Beschlüssen die Anerkennung, daß man mit der Haltung der national-liberalen Partei vollkommen zufrieden sei, während überall eine entschiedene Haltung als dringend notwendig erklärt wurde, die „Sezession keine Verurtheilung erfuhre, sondern eine Spaltung der national-liberalen Wähler nur

für die lokalen Verhältnisse unzutraglich erschien. Auch in Sachsen fehlt es an zustimmenden Kreisen keineswegs. In Chemnitz und im Voigtlande verlangt man eine entschiedenere Haltung der Liberalen, wenn sie nicht der Reaktion die Bahn ebnen wollen. Schon die in den liberalen Kreisen durch die That der 28 hervorgerufene Bewegung ist der bisherigen Apathie und Resignation gegenüber ein Fortschritt. Sollte sich die Verschmelzung der deutschen und Regierungspartei in Württemberg bestätigen, so könnten wir dies nur beklagen, es wäre aber eigentlich nur die letzte Konsequenz der Haltung der dortigen Nationalliberalen, die ihnen bereits fast alle Reichstags-Mandate gekostet hat.

Die Grundlosigkeit der bei Feststellung des Zolltarifs ausgesprochenen Hypothese, daß das Ausland, um sich den deutschen Markt zu erhalten, die neuen deutschen Zölle trage und Deutschland demgemäß nach Einführung der Zölle auf Getreide, Schmalz, Speck u. d. Waare selbst um den Zollbetrag billiger einkaufen werde, ist bei den Zöllen auf Speck und Schmalz in ganz besonders überzeugender Weise nachzuweisen. — Der Jahresbericht der königsberger Kaufmannschaft enthält über diese Thatsache folgendes Nähere: „Die neue Zollerhöhung auf Speck und Schmalz ist hier ganz allmählich in den bestehenden Verkaufspreisen zum Ausdruck gekommen und fand im November, von welchem Monat ab versteuertes Schmalz und Speck um die volle Höhe der Steuer theurer bezahlt wurde, als unversteuertes Schmalz und Speck, seinen Abschluß. Vom billigsten Standpunkte des Jahres aus erhöhte sich der Preis für Schmalz bis Ende Dezember um 11 M., durch den Zoll um 5 M., zusammen 16 M. pr. Ztr.; der für Speck durch die Konjunktur um etwa 14 M., durch die Zollerhöhung um 4½ M., zusammen 18½ M. pr. Ztr. Der Preislauf der Artikel in Newyork liefert den schlagenden Beweis, daß die Zollverhandlungen im Reichstage und das Inkrafttreten des Zolles auf Speck und Schmalz in Deutschland weder während dieser Uebergangsperiode, noch während der sechs folgenden Monate einen Druck auf die amerikanischen Preise auszuüben vermocht haben.“ Die Kaufmannschaft schließt den Bericht über diese Artikel mit den Worten: „Das Geschäft in diesen Artikeln ist außergewöhnlich gewinnbringend gewesen, hauptsächlich durch die bedeutende Konjunktur, zum kleineren Theil auch durch die auf einen Theil des Lagers allmählich realisirte Zollerhöhung. Aber die Importeure würden gern auf einen Nutzen, wie ihn die Zollerhöhung gebracht hat, verzichten, wenn damit eine Befreiung dieser notwendigen Lebensmittel vom Zoll, der unserer Landwirtschaft nicht den erhofften Segen bringen wird, erlangt werden könnte. Mag die heurige Schutzpolitik der Nation und dem Handel noch so schwere Opfer auferlegen, unser Vertrauen auf eine Zukunft, in der diese Prinzipien von den gesetzgebenden Faktoren als unrichtig erkannt und verworfen werden, kann dadurch nicht erschüttert werden.“

In Köln liegen sich jetzt die Ultramontanen betrefis der Betheiligung an dem Dombaufeste selber in den Haaren. Die klerikale Presse hat über diejenigen ultramontanen Mitglieder des Dombaufomitees, welche die Einladung zur kirchlichen Feier angenommen haben, den Stab gebrochen. Eins dieser in Acht erklärten klerikalen Vorstandsmitglieder fragt nun, ob sich denn die Katholiken von all und jeder Festlichkeit fernhalten sollten, nachdem das Domkapitel selbst seine Zusage zum Abhalten eines Te Deums gegeben habe. Inzwischen nimmt die klerikale Presse jede Gelegenheit wahr, um die Katholiken aufzufordern, von dem Feste fern zu bleiben. Jetzt wird als abschreckendes Beispiel mitgetheilt, daß die Schulinpektoren in Köln 2000 Schulkinder zusammengebracht haben, meistens Katholiken, welche außer anderen Liedern auch das evangelische Lied „Nun danket Alle Gott!“ singen sollen. Trotz all dieser Machinationen verspricht das kölnner Dombaufest in jeder Beziehung großartig zu werden.

Wie man nachträglich erfährt, ging die Initiative zur Begehung des Festes zur Feier der Vollendung des kölnner Domes von Sr. Majestät dem Kaiser selber aus. Auf die betreffenden Anträge von Köln aus waren gegen die Abhaltung des Festes in diesem Jahre manche Bedenken erhoben. Die Antwort des Kaisers kam sehr bald und zwar in der Form eines vollständigen Programms mit dem Hinzufügen, daß wie Reich und Arm zur Vollendung dieses deutschen Nationaldenkmals beigetragen habe, so solle auch die Feier eine einseitig preussische sein, sondern eine deutsche, zu der er die deutschen Souveräne einzuladen gedenke.

Für den nächsten Reichstag wird, wie man erfährt, eine Petition, betreffend die Stellung der Post- und Telegraphenbeamten, vorbereitet. Es wird darin das Gesuch ausgesprochen und motiviert, daß der Reichstag hinwirke auf ein gesetzlich geregeltes Einrücken in die höheren Gehaltsstufen, ein gesetzlich geregeltes Verfahren zur Bestimmung des Dienstalters, Veröffentlichung einer Rangliste, eine wirklich etatsmäßige Besetzung aller im Etat ausgeworfenen Stellen, auf Gewährung eines auskömmlichen Gehalts und auf Verbesserung der Personalverhältnisse der Post- und Telegraphenbeamten nach verschiedenen Richtungen hin.

Die unzweideutige Versicherung des neuen Ministers des Außern in Frankreich in seinem eben veröffentlichten Rundschreiben, daß der jüngst vollzogene Kabinettswechsel nichts an der von dem letzten Kabinet befolgten auswärtigen Politik ändern werde, wiegt, so schreibt die „N. A. Z.“, in der politischen Konstellation Europas um so schwerer, je offenkundiger es sich herausstellt, welch unschätzbare Dienste das feste, ungetriebene Einvernehmen aller Mächte in der Behandlung schwieriger Fragen leistet, deren Austragung der europäische Areopag nun einmal übernommen hat. Herr Barthélemy Saint-Hilaire will, wie die unter Zuhilfenahme des elektrischen Drahtes bewirkte Publizierung seines Rundschreibens beweist, die Welt nicht einen einzigen Augenblick der Befürchtung anheimfallen lassen, als könne die Regierung Frankreichs von jetzt an

weniger Gewicht wie bisher auf die Aufrechterhaltung des Friedens legen, „der so heilsam ist für seine Wohlfahrt und seine Ehre.“ Für dieses Programm tritt Herr Barthélemy Saint-Hilaire mit seiner ganzen Persönlichkeit ein, verstärkt durch die Berufung auf die Weisheit desjenigen Staatsmannes, dessen Verdienste um sein Land erst vor wenig Tagen die Enthüllung der Thiers-Statue in Saint-Germain-en-Laye den Franzosen aufs Neue ins Gedächtniß gerufen hat. Nach welchen Grundsätzen Herr Thiers sein Regierungssystem einrichtete, ist allbekannt. Herr Barthélemy Saint-Hilaire legt dem Beamten seines Ressorts diese „so glückliche Tradition“ eindringlich mahnend an das Herz und fordert zu weiterer Entwicklung derselben auf. Das Blatt hegt die Ueberzeugung, daß die Tendenz, die aus dem Schreiben des Herrn Barthélemy Saint-Hilaire spricht, in den weitesten Kreisen Europas mit Sympathie begrüßt werden wird.

Ein großer Theil der französischen Presse greift das neue Kabinet scharf an, verheißt ihm keine lange Dauer und sucht Barthélemy Saint-Hilaire auf die erbärmlichste Weise zu verkleinern und zu verhöhnen. Von den republikanischen Blättern, die bisher Freycinet verteidigten, tritt am heftigsten der „National“ auf, der das Kabinet für nicht lebensfähig erklärt, „weil seine Mitglieder entweder zu alt oder zu jung seien“. Es könne nicht ernsthaft aufgenommen werden und seine Zusammenfassung mache Frankreich lächerlich. Der „Temps“, dessen Direktor Hebrard der intime Freund Freycinets ist, sucht nun darzuthun, daß man, um die Frage der Ordensgesellschaften zu lösen, auf das Assoziationsgesetz zurückkommen müsse. Außer sich sind die klerikal-reaktionären Blätter, besonders aber die „Union“, das amtliche Blatt des Frohsdorfer Hofchens, welche Barthélemy Saint-Hilaire gleich Thiers vom Greisen-Chryzei besessen und einen Hoffschranzen des Herrn v. Bismarck nennt. Aehnlich wie die „Union“ drücken sich alle übrigen reaktionären Blätter aus. Nur zwei derselben, die „Liberté“ und die „Défense“, sind etwas anständiger und einsichtiger. Das erstere Blatt ist der Ansicht, daß das neue Kabinet mit mehr Unabhängigkeit handeln werde als das von Freycinet, und das zweite meint, daß Barthélemy Saint-Hilaire, der intime Freund von Thiers, sich nicht zum Bedienten Gambetta's hergeben werde. Die dem neuen Kabinet äußerst günstige Sprache der Gambettistischen Blätter — es sind fast die einzigen, die es verteidigen — beweist zur Genüge, daß der Ex-Diktator eingesehen hat, daß er für die nächste Zeit genöthigt ist, das Kabinet Ferry-Saint-Hilaire nicht seinen Weg gehen zu lassen. Die öffentliche Meinung war durch die Ernennung des „Uebersetzers des Aristoteles“ zwar überrascht und man machte allerlei Witze über ihn. Barthélemy Saint-Hilaire, der gewissenhaft die Blätter, die gegen ihn zu Felde ziehen, zu lesen pflegt, soll zu einem seiner Freunde, der ihm davon sprach, gesagt haben: „Lassen Sie die Deutschen nur schwachen. Ich habe keinen Ehrgeiz und nahm das Ministerium nur an, als man sich an mich gewandt hatte, um der Krisis ein Ende zu machen. Ich werde, da ich nun einmal angenommen, der Welt zeigen, daß ich nicht umsonst ungefähr fünfzig Jahre lang bei Thiers in der Lehre war.“

Das „Univers“, welches das neue französische Kabinet vom 23. September — dies ist das offizielle Datum der Ernennungsdekrete — „das Ministerium der Herren Frey, Ferry und v. Radowicz“ zu taufen beliebte, kündigt an, daß „der Kulturkampf in Deutschland nicht zu Ende sei“. Zum Beleg bringt es einen förmlichen Anklageakt gegen die deutsche Regierung. „Die Lage der Katholiken in Deutschland hat sich nicht gebessert!“ hebt der „Korrespondent aus Deutschland“ an und sucht dann zu beweisen, daß Bismarck zunächst einen modus vivendi habe erreichen und dann definitive katholische Zustände wie in Baiern herbeiführen wolle. „Nichts natürlicher als das! Herrn v. Bismarck ist ja die Versumpfung nicht unbekannt, in der sich die katholische Bewegung in Baiern befindet, und er würde nicht ohne ein mit Reid gemischtes Behagen sehen, wie in diesem Lande die Kirche unter den Fesseln, in die sie von allen Seiten eingeschnürt ist und die den Umlauf des Lebensaftes hemmen, lahm liegt.“ Es folgt ein Loblied auf die schneidigen Katholiken, die Bischöfe voran, in Preußen mit dem Zusage: „Und dies Alles in Folge der verhältnismäßigen Freiheit, der die Kirche sich unter Friedrich Wilhelm IV. zu erfreuen hatte.“ Bismarck, „die leibhaftige Omnipotenz des Staates“, in taub und blind und sieht nicht, wie es ihm ergehen kann: „Die Kirche beherrschen oder vernichten, muß sein Programm sein; die Kirche vernichten kann er nicht, der Kulturkampf hat ihm bewiesen, daß er auf dem Holzwege war; jetzt gilt es, kehrt zu machen und durch List zu erlangen, was er durch Gewalt nicht an sich reißen konnte.“ Also Bismarck will — „so bemerkt die „Köln. Ztg.“ — die preussischen Katholiken bavarisieren; ist das nicht entsetzlich, gottlos?! Der deutsche Korrespondent des Jesuitenblattes schließt mit folgender Warnung an die Katholiken Preußens, daß sie nicht am Dombau-Feste Theil nehmen sollen, „ohne die Gegenwart des Herrn Erzbischofs Paulus Melchers und indem sie zu dem Zwecke ein Gefes für nöthig erachten, welches die Rückkehr dieses Prälaten anordnet.“

Frankreich ist anscheinend entschlossen, seine Politik im Stillen Ozean nicht auf den Lorberen der Annexion der Gesellschaftsinseln ausruhen zu lassen. Das „Journal de Saigon“, das einzige Organ der französischen Besitzungen in Hinter-Indien, meldet, die französische Regierung sei fest entschlossen, den Beherrscher des Kaiserreiches Anam, Tu-Duc, der noch immer der französischen Geschäftswelt Anlaß zu Beschwerden und Klagen giebt, nächstens schon des Thrones verlustig zu erklären und dessen Land oder wenigstens die Küste seines Landes zu einer französischen Kolonie zu machen. Kaiser Tu-Duc dürfte so in Bälde gezwungen werden, seinen herrlichen Palast in seiner Residenzstadt Hué zu räumen, damit der französische General-Gouverneur der Provinz Anam seinen Regierungssitz in demselben aufschlage. Zwar betrachtet sich der Kaiser von China noch immer als der Souverain des Kaiserreiches Anam,

und Kaiser Du-Duc hat es nicht unterlassen, gleich nach seiner Thronbesteigung eine Gesandtschaft nach Peking zu senden, damit sie dort seine Anerkennung als „Herrlicher der Königreiche Tonkin, Anam und Cochinchina“ fordere. Indes war dies bloß eine Formalität, da das Kaiserreich Anam schon seit dem siebenzehnten Jahrhundert gänzlich unabhängig von China ist und keinen Tribut nach Peking sendet. China dürfte sich daher schwerlich der Einverleibung Anams in Frankreich widersetzen.

In englischen liberalen Kreisen scheint der Gedanke erwacht zu sein, daß es doch eine eigne Sache sei, Dulcigno trotz des Widerstrebens seiner Einwohner, durch Waffengewalt den Montenegrinern zu überliefern. Die „Daily News“ sucht diese Bedenken durch den Hinweis auf die „Kenntnisse, die Einsicht und den guten Willen“ des Herrn Gladstone zu entfernen.

„Handelt es sich, so sagt das Blatt, um eine wirkliche nationale Bewegung in Dulcigno, so darf man mit Sicherheit vertrauen, daß die gegenwärtigen Rathgeber Ihrer Majestät nicht versucht sein werden sie zu Boden zu schlagen. Sofern es sich aber um Fragen zwischen der Türkei und Europa handelt, so kann kein Zweifel sein, daß von unserer Seite kein Zurückziehen oder Zögern stattfinden wird.“

Diese Aeußerung des Gladstone'schen Organs trägt eine gewisse Zweideutigkeit in sich. Wir erfahren nicht genau, ob es sich um eine nationale Bewegung oder um die Sache der Türkei handelt. Die Reise des Admirals Seymour nach Cetinje, der auffallende Rückzug der Montenegriner in dem Augenblick, für welchen ihre Aktion fest angelegt war, könnten darauf hindeuten, daß in England Skrupel über die Angemessenheit der Eroberung von Dulcigno erwacht sind, die noch nicht als beseitigt gelten dürfen. Daß die Sache einen immer unerquicklicheren Anblick gewinnt, je näher man ihr tritt, ist sicher; nichtsdestoweniger kann man in den Augenblick auf Nachrichten gefaßt sein, daß die „Action Europas“ begonnen hat.

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 26. September. [Die Gerüchte von einer konservativen Sezession.] Wenn unter den Liberalen es nicht Bedürfnis ist, sich Selbsttäuschungen zu überlassen, dem politischen Gegner zuzutragen, er werde unsere Geschäfte besorgen, der wird gut thun, vollen Glauben den wiederholten Dementis zu schenken, welche die „Kreuz-Ztg.“ und der „Reichsbote“ den Gerüchten von einer bevorstehenden „konservativen Sezession“ entgegenzusetzen haben; es ist aller Grund zu der Annahme vorhanden, daß kein wahres Wort daran ist. Wer im Lager unseres Konservatismus noch weiter rechts steht, als Herr v. Kleist-Megow, der kann wohl in der „Deutschen Landeszeitung“ agrarischen Lärm machen oder in orthodoxen Pastoren-Konventikeln darum frondiren, weil bei einigen Synodalen der neuesten Zeit die „Mittelpartei“ ein wenig Opposition gegen die Ultras der Konfessionalität gemacht, einige Siege über diese davon getragen hat; aber politisch fallen diese Elemente nicht in's Gewicht. Bis auf Weiteres ist Herr v. Kleist-Megow noch der äußerste rechte Flügelmann unseres politisch in Betracht kommenden Konservatismus, und es ist eine wohlverbürgte Thatsache, daß er nicht daran denkt, mit der Regierung zu schmollen, weil dieselbe nicht so „konsequent“ ist, wie ein vereinzelter schriftstellerscher Landadelmann oder ein gegen die Schöpfungen der Falschen Aera besonders eifriger Pastor es verlangt. Unsere Konservativen, auch die der äußersten Rechten, haben den Aufenthalt in der Wüste der Opposition in viel zu unangenehmer Erinnerung, als daß sie das wiedererlangte gelobte Land der Gouvernamentalität, wo für sie Milch und Honig fließt, auf's Spiel zu setzen geneigt wären. Wohl möchte mancher von ihnen entschiedener und inniger, als jetzt, mit den Klerikalen zusammengehen; aber höher, als dieser Wunsch, steht jedem von ihnen das Verlangen, das Bündniß mit der Regierung aufrechtzuerhalten; und zudem können sie ja, auch wenn momentan einmal auf die Intimität mit den Zentrums verzichtet werden muß, mit Herrn Windhorst hoffen, daß die „Logik der Thatsachen“ auf dem Boden der gegenwärtigen Regierungspolitik sehr bald wieder dazu führen muß. Diejenigen konservativen Politiker, welche über den Tag hinaus denken, sind sich offenbar der Thatsache vollkommen bewußt, daß ihre Lage gegenwärtig so ist, wie die des National-Liberalismus während der ihm günstigsten Zeit war: daß sie von dem Fürsten für ihre Partei-Auffassung um so mehr erlangen werden, je fester sie ihn unterstützen, denn noch ist er an der Richtigkeit der wieder eingeschlagenen konservativen Politik nicht von Neuem irre geworden; für die Masse der Partei aber, für den Durchschnitt der kleinadligen Rittergutsbesitzer, ersetzt der Instinkt ihrer Solidarität mit einer konservativen Regierung, alle feinen Berechnungen und überwindet er alle Zweifel; diesen Elementen traut man demnach eine Neigung zur politischen Abstraktion, welche ihnen immer fremd war, zu, wenn man sich einbildet, sie würden wegen nicht genügend „konsequenter“ Geltendmachung der konservativen „Prinzipien“ Opposition gegen eine Regierung beginnen, in welcher Herr v. Puttkamer Kultusminister ist und die eine ihnen so nützliche „Steuerreform“, wie die Bismarck'sche, betreibt.

Die kronprinzlichen Herrschaften werden am 29. September in der Stadt Kiel selbst ihren Aufenthalt nehmen. Vom Bahnhofe begeben sich Hochsiedelben an Bord der kaiserlichen Yacht „Hohenzollern“ und fahren der Panzer-Korvette „Prinz Adalbert“, auf welcher sich S. M. G. der Prinz Heinrich befindet, entgegen. Das Zusammenreffen der beiden Schiffe ist nach zehntägiger Fahrt bei Kadeberg in Aussicht genommen. Ein Boot holt den Prinzen Heinrich vom „Adalbert“ ab und bringt ihn auf die Yacht „Hohenzollern“. Nach zweitägigem Zusammensein mit den erlauchten Eltern auf der Fahrt nach dem Kieler Hafen wird sich Prinz Heinrich wieder an Bord des „Adalbert“ begeben und dem „Hohenzollern“ in Kielwasser folgen. In Kiel begeben sich die kronprinzlichen Herrschaften mit dem Chef der Admiralität, Staatsminister und General der Infanterie v. Stoich, an Bord des „Adalbert“, wo eine Schiffsparade stattfinden und dann das Diner folgt. Gegen 7 Uhr soll die Nachfahrt von Kiel angetreten werden. Der Abzug auf dem Bahnhof in Hamburg eingenommen. Die kronprinzlichen Herrschaften fahren die Nacht durch bis Berlin bez. bis zum Neuen Palais bei Potsdam.

Locales und Provinzielles.

Posen, 26. September.

r. Selbstmord. Sonnabend Abend hat sich hier ein Sekundaner einer höheren Lehranstalt in einer über der Wohnung seiner Eltern befindlichen Bodenstube erschossen. Der junge Mann, welcher zu guten Hoffnungen berechtigt, stand im Alter von kaum 17 Jahren; zu dem bedauernswerthen Schritte soll ihn der Umstand bewogen haben, daß das ihm an jenem Tage ertheilte Schulzeugniß nicht nach seinem Wunsche ausgefallen und er nicht nach Ober-Sekunda versetzt worden war.

Telegraphische Nachrichten.

Frederikshaven, 25. Septbr. Die deutsche Korvette „Prinz Adalbert“, an Bord Prinz Heinrich von Preußen, passirte heute Vormittag Frederikshaven.

Königsberg i. Pr., 25. Sept. Bei der von der hiesigen Kaufmannschaft für die Pläne zur Vertiefung der Wasserstraße nach Pillau ausgeschriebenen Konkurrenz ist der erste Preis von 10,000 M. dem Hafenbau-Inspektor Natus in Pillau, der zweite Preis von 5000 M. dem Obermaschinenmeister Schmidt, dem Baumeister Kummer und dem Baumeister Kunze für den von denselben gemeinschaftlich ausgearbeiteten Plan zuerkannt worden.

Leipzig, 26. Septbr. In der heute hier stattgehabten national-liberalen Landesversammlung wurde mit allen gegen neun Stimmen folgende vom Professor Biedermann begründete Resolution angenommen:

„Wir halten fest an der geschichtlichen Aufgabe der national-liberalen Partei, bei standhafter Verteidigung der freiheitlichen Güter, das glückliche Errungene, aber noch keineswegs gesicherte Gut der nationalen Einheit durch vorurtheilslose Mitwirkung zu einer politisch-praktischen Schaffung und Ausbesserung zu wahren und zu befestigen. Wir vermögen bei voller Würdigung der vorhandenen Schwierigkeiten nicht zu erkennen, daß diese Aufgabe jetzt eine andere geworden, und ebensowenig, daß der bisherige Parteiverband die Fähigkeit zu ihrer Erfüllung eingebüßt habe. Wohl aber erblicken wir in dem Veruche, diesem Verbande die Unterstützung der Wähler zu Gunsten der Bildung einer neuen Partei zu entziehen, eine dringende Gefahr sowohl für die liberale, wie für die nationale Sache. Doppelt groß erscheint uns diese Gefahr nach beiden Seiten hin für unser Verhältniß in Sachsen. Gegenüber dem erfolgten Austritt einer Anzahl angegebener Mitglieder aus der national-liberalen Partei halten wir es für unsere Pflicht, dem bisherigen national-liberalen Parteiverbande treu zu bleiben und an seinen Zielen mit der vollen Unabhängigkeit und Besonnenheit fortzuarbeiten, welche die augenblicklich vielfach vermehrte Lage dringend erheischt. Das Gleiche erwarten wir mit fester Zuversicht von allen unseren Parteigenossen im Lande.“

Weimar, 26. Sept. Die Versammlung des deutschen Schriftstellerverbandes war zahlreich besucht. Nach Erledigung mehrerer geschäftlichen Angelegenheiten wurde einstimmig beschlossen, eine Petition an den Reichskanzler zu senden, behufs Gründung einer Reichsbibliothek für die Gesamtheit der Produkte der deutschen Literatur.

Wien, 25. Septbr. Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht nunmehr die Ernennung des früheren Handelsministers, Baron v. Korb, zum Statthalter von Mähren und des Sektions-Chefs Chertel zum Präsidenten der Finanz-Landes-Direktion in Prag.

Pest, 24. Sept. In der heutigen Konferenz der liberalen Partei des Reichstages wurde das bisherige Parteipräsidium wiedergewählt. Vom Baron Berenyi wurde im Interesse einer festeren Organisation der Partei die Wahl eines Zentral-Ausschusses beantragt. Der Minister Trefort stimmte dem Antrage zwar zu, ersuchte jedoch die Konferenz, die Entscheidung dieser wichtigen Angelegenheit bis zur Rückkehr des Ministerpräsidenten Tisza zu vertagen.

Christiania, 25. Sept. Staatsminister Dr. F. Stang hat sein Abschiedsgesuch eingereicht. Der König hat sich die Entscheidung bis nach seiner Montag hierselbst erfolgenden Ankunft vorbehalten.

Paris, 26. Sept. Die „Agence Havas“ meldet aus Ragusa, der Admiral Seymour befahl, daß das Geschwader sich am Montag zum Auslaufen bereit zu halten habe.

London, 26. Sept. Wie dem „Reuterschen Bureau“ aus Konstantinopel von heute gemeldet wird, hätte sich der Sultan gegenüber dem Doyen des diplomatischen Corps, dem deutschen Botschafter, Grafen Hatzfeld, bezüglich Dulcignos, dahin geäußert, daß er den Ereignissen ihren Lauf lassen werde. Die Verantwortung für dieselbe würde auf Europa zurückfallen.

Petersburg, 25. Sept. Der deutsche Botschafter, General v. Schweinitz, ist heute Nachmittag nach dem Auslande abgereist.

Aden, 25. Septbr. Oberst Gordon ist auf der Rückreise von China hier eingetroffen und gedenkt seine Reise nach Europa morgen fortzusetzen.

Verantwortlicher Redakteur: G. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im September 1880.

Stunde	Barometer auf 0 Gr. red. in mm 82 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cel. (Gr.)
25. Nachm. 2	750,1	SW mäßig	trübe	+15,4
25. Abnds. 10	756,4	SW mäßig	heiter 1)	+7,8
26. Morgs. 6	757,7	Windstille	wolfig Ab.	+6,5
26. Nachm. 2	758,3	SW lebhaft	trübe	+15,5
26. Abnds. 10	759,8	SW mäßig	heiter	+11,0
27. Morgs. 6	760,5	NO schwach	trübe	+11,0

1) Nachm. Gewitter; Regenhöhe 4,2 mm.
Am 25. Wärme-Maximum +15,7 Cel.
Wärme-Minimum +6,2 „
Am 26. Wärme-Maximum +15,8 Cel.
Wärme-Minimum +6,2 „

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 24. Septbr. Mittags 0,98 Meter.
„ „ 25. „ 1,00 „
„ „ 26. „ 1,04 „

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 25. September. (Schluß-Course.) Fest. Lond. Wechsel 20,41. Pariser do. 80,45. Wiener do. 171,50. R.-M. St.-A. 146½. Rheinische do. 157½. Hess. Ludwigsb. 100½. R.-M.-Br.-Antb. 130½. Reichsanl. 99½. Reichsbank 147. Darmstb. 147½. Meiningen B. 95. Ost.-ung. Bf. 702,50. Kreditaktien*) 243. Subrente 62½. Papierrente 61½. Goldrente 74½. Ung. Goldrente 92½. 1860er Loose 121½. 1864er Loose 304,80. Ung. Staatsl. 211,00. do. Ostb.-Dbl. II. 83½. Böhm. Westbahn 197. Elisabethb. 162½. Nordwestb. 151½. Galizier 237½. Franzosen*) 239½. Lombarden*) 69½. Italiener 86. 1877er Russen 92. II. Orientanl. 58½. Zentr.-Pacifc 110½. Diskonto-Kommandit —. Elbthalbahn —. Neue 4proz. Russen —. 4proz. Obligationen der Stadt Stockholm —. Lothringer Eisenwerke 83½.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 243½, Franzosen 239½, Galizier —, ungar. Goldrente —, II. Orientanleihe —, 1860er Loose —, III. Orientanleihe —, Lombarden —, Schweizer. Zentr.-bahn —, Mainz-Ludwigshafen —, 1877er Russen —, Böhmische Westbahn —, Lombarden —.

*) per medio resp. per ultimo.
Frankfurt a. M., 25. September. Effekten-Sozietät. Kreditaktien 242½, Franzosen 238½, Lombarden —, 1860er Loose —, Galizier 237½, österr. Goldrente —, ungarische Goldrente 92½, II. Orientanleihe 58½, österr. Silberrente —, Papierrente —, III. Orientanleihe —, 1880er Russen —, Meiningen Bank —, Geschäftslos.

Wien, 25. September. (Schluß-Course.) In Folge einer günstigen Wandlung in den politischen Anschauungen und durch umfassende Deckungskäufe Banken und Renten wesentlich erholt.

Papierrente 71,70. Silberrente 72,70. Deherr. Goldrente 87,60. Ungarische Goldrente 107,10. 1864er Loose 121,00. 1860er Loose 131,00. 1864er Loose 171,00. Kreditloose 179,50. Ungar. Prämienl. 108,50. Kreditaktien 284,00. Franzosen 280,00. Lombarden 81,25. Galizier 276,75. Reichs-Oberb. 128,70. Pardubitzer 136,50. Nordwestb. 176,00. Elisabethbahn 189,20. Nordbahn 244,50. Deherr. ungar. Bank —, III. Loose —, Unionbank 109,00. Anst.-Anst. 120,00. Wiener Bankverein 130,50. Ungar. Kredit 253,00. Deutsche Börsen 57,40. Londoner Wechsel 118,20. Pariser do. 46,55. Amsterdamer do. 97,20. Napoleons 9,41½. Dufaten 5,66. Silber 100,00. Marknoten 58,25. Russische Banknoten 1,20½. Lemberg-Gernomisch 165,00. Kronpr.-Rubel 157,50. Franz-Josef 166,20. 4proz. ungar. Bodenkredit-Bandbriefe 93,00.

Paris, 25. September. (Schluß-Course.) Matt. 3proz. amortisirt. Rente 88,35, 5proz. Rente 85,50, Anleihe de 1872 119,82½, Italienische 5proz. Rente 85,80, Deherr. Goldrente 76½, Ung. Goldrente 93½, Russen de 1877 94½, Franzosen 601,25, Lombardische Eisenbahn-Aktien 183,75, Lomb. Prioritäten 268,00, Türken de 1865 9,65, Serb. rumänische Anleihe —, Credit mobilier 601,00, Spanier ext. 20,00, do. inter. 19½, Sucr.-Anst.-Aktien —, Banque ottomane 502, Societe generale 570, Credit foncier 1372, Caennet 321, Ban. de Paris 1106, Banque des Compagnies 812, Banque hypothecaire 420, III. Orientanleihe 60, Türken-loose 30,00, Londoner Wechsel 25,36½.

London, 25. Septbr. Consols 97½, Italienische 5proz. Rente 84½, Lombarden 7½, 3proz. Lombarden alte —, 3proz. do. neue —, 5proz. Russen de 1877 87½, 5proz. Russen de 1872 89½, 5proz. Russen de 1873 89, 5proz. Türken de 1865 9½, 5proz. fundirt. Amerikaner 105½, Deherr. Silberrente 61½, do. Papierrente —, ungar. Goldrente 92½, Deherr. Goldrente 75½, Spanier 19½, Egypter 63½. Preuß. 4proz. Consols —, 4proz. bair. Anleihe —, Türken —, 1873er Russen 88½.

Madrid 2 pzt.
Florenz, 25. September. 5pzt. Italienische Rente 94,87. Gold 22,13.

Newyork, 25. Septemb. (Schluß-Course.) Wechsel auf London in Gold 4 D. 80½. Wechsel auf Paris 5,24½. 5pzt. fund. Anleihe 112½. 5pzt. fundirt. Anleihe von 1877 109½. Erie-Bahn 38, Central-Pacifc 111½. Newyork. Centralbahn 128½.

Produkten-Course.

Wien, 25. September. (Getreidemarkt.) Weizen hiesiger loco 21,00 fremder loco 21,50, pr. November 20,85, pr. März 21,00, Roggen loco 20,50, pr. November 19,15, pr. März 18,70, Hafer loco 13,50. Mühlb. loco 29,40, pr. Oktober 28,90, pr. Mai 30,20.

Bremen, 25. Septbr. Petroleum. (Schlußbericht.) Größt-mung matt, Schluß fester. Standard white loco 10,50 a 10,55 bez., per Oktober-Dezember 10,70 bezahlt.

Hamburg, 25. September. (Getreidemarkt.) Weizen loco fest, auf Termine ruhig. Roggen loco fest, auf Termine ruhig. Weizen per September-Oktober 189½ Br., 189½ Gd., per April-Mai 198 Br., 196 Gd., Roggen per September-Oktober 182 Br., 181 Gd., per April-Mai 174 Br., 172 Gd., Hafer loco, Gerste fester, Mühlb. loco 56½, per Oktober 57. — Spiritus fest, per September 51½ Br., per September-Oktober — Br., pr. Oktober-November 48½ Br., per November-Dezember 48½ Br., per April-Mai 47½ Br., Raffee ruhig, Umiaz 2000 Sad. Petroleum ruhig, Standard white loco 10,70 Br., 10,50 Gd., per September 10,50 Gd., per Oktober-Dezember 10,60 Gd. — Wetter: Regen drohend.

Pest, 25. September. (Produktenmarkt.) Weizen loco behauptet, Termine ruhiger, pr. Herbst 11,05 Gd., 11,10 Br., pr. Winter 11,12 Gd., 11,17 Br., Hafer pr. Herbst 6,15 Gd., 6,20 Br., Roggen loco —, Mais per Mai-Juni 6,05 Gd., 6,10 Br., Rohrtraps per September —, Wetter: Heiter.

Paris, 25. September. Produktenmarkt. (Schlußbericht.) Weizen fest, pr. September 27,00, pr. Oktober 26,40, pr. November-Dezember 26,25, pr. Januar-April 20,75. Roggen fest, per September 21,50, pr. Januar-April 20,75. Weizen ruhig, pr. September 57,30, pr. Oktober 56,25, pr. November-Dezember 56,25, pr. Januar-April 55,00. Mühlb. Beh., pr. September 75,00, pr. Oktober 75,50, per November-Dezember 76,50, pr. Januar-April 77,00. Spiritus ruhig, pr. September 61,50, pr. Oktober 61,25, pr. November-Dezember 60,50, pr. Januar-April 59,00. — Wetter: Schön.

London, 25. September. Havannaquid Nr. 12 23½.

London, 25. Septbr. An der Küste angeboten 8 Weizenladungen. Wetter: —.

Amsterdam, 25. Septbr. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen per November 273, per März 282. Roggen pr. Oktober 226, pr. März 216.

Liverpool, 24. September. Getreidemarkt. Weizen 1, Mais 1 d. billiger, Mehl ruhig. — Wetter: Schön.

Antwerpen, 25. Septbr. Petroleummarkt (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 27 bez. und Br., per Oktober 26½ bez. 27 Br., per Oktober-Dezember 27 bez. 27½ Br. Weichend.

Newyork, 14. September. Nachträgliche Meldung: Petroleum in Newyork 10 Gd., in Philadelphia 10 Gd.

Newyork, 25. Septbr. Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 11½, do. in New-Orleans 11½. Petroleum in Newyork 11½ Gd., do. in Philadelphia — Gd., rohes Petroleum 6½, do. Pipe line Certificate — D. 97 C. Mehl 4 D. 00 C. Rother Winterweizen 1 D. 07 C. Mais (old mixed) 51 C. Zucker (Fair refining Muscovados) 7½. Raffee (Rio-) 15. Schmalz (Marke Wilcox) 8½, do. Fairbanks 8½, do. Rose & Brothers 8½. Spec. (short) clear 9½ C. (Getreidefracht 5½)

Am Mittwoch den 29. d. Mts., früh 10 Uhr, wird in Newyork ein für den Gendarmerie-Dienst nicht brauchbares Pferd (6 Jahr) öffentlich meistbietend verkauft werden.
Posener Distrikts-Kommando der königlichen 5. Gendarmerie-Brigade.

